

Rheingauer Bürgerfreund

Erscheint Dienstags, Donnerstags und Samstags.
am letztem Tage mit dem illustrierten Unterhaltungsblatt.

Anzeiger für Oestrich-Winkel

Abonnementspreis pro Quartal Mk. 1.50
= (ohne Trägerlohn oder Postgebühr.)
= Inseratenpreis pro sechsspaltige Petitzeile 20 Pfg.

Kreisblatt für den östlichen Teil des Rheingaukreises.

Grösste Abonnentenzahl
aller Rheingauer Blätter.

Expeditionen: Oestrich-Winkel u. Eltville.

Druck und Verlag von Adam Estenne in Oestrich.
Fernsprecher No. 88.

Grösste Abonnentenzahl in
Oestrich-Winkel u. Umgebung.

No. 139

Donnerstag, den 21. November 1918

69. Jahrgang

Ämtliche Bekanntmachungen.

An die Bevölkerung der linksrheinischen Gebiete und der Umgebung von Köln, Coblenz und Mainz.

Die Bestimmungen des Waffenstillstandsvertrages bedeuten für die linksrheinischen Gebiete und die rechtsrheinischen Gebiete innerhalb eines mit 30 Kilometer Halbmesser um die Rheinbrücken von Köln, Coblenz und Mainz geschlagenen Kreises (sogenannten Brückenköpfe) folgendes:

1. Diese Gebiete sind durch die deutschen Armeen zu räumen. Das bedeutet nur, daß die unter den Waffen befindlichen Truppen aus den Gebieten zurückgezogen werden sollen, damit der deutschen Regierung für die Dauer des Waffenstillstandes die Möglichkeit genommen wird, das linksrheinische Land als Aufmarschgebiet zu benutzen. Die gesamte Zivilbevölkerung, auch die Wehrpflichtigen und die Rekrutierten, können ungefährdet auch bei der nachfolgenden feindlichen Besetzung des Landes an ihrem Wohnsitz verbleiben. Im Verlaufe der ordnungsmäßigen Demobilisierung werden auch die aus diesen Gebieten stammenden Angehörigen des Heeres und der Marine, soweit sie von der Demobilisierung betroffen werden, in die Heimat entlassen werden.

2. Der Räumung dieser Gebiete durch die deutschen Truppen wird eine Besetzung mit feindlichen Garnisonen für die Dauer des Waffenstillstandes und nicht vor dem 1. Dezember folgen. Der Feind hat sich das Recht vorbehalten, Requisitionen mit ordnungsmäßiger Abrechnung vorzunehmen, jedoch ist von den Bevollmächtigten der feindlichen Regierungen erklärt worden, daß diese Requisitionen die tatsächlichen Bedürfnisse der Besatzungstruppen nicht überschreiten dürfen.

3. In allen geräumten Gebieten ist die Fortführung von Einwohnern unterlag. Dem Eigentum der Einwohner darf kein Schaden oder Nachteil zugefügt werden. Niemand wird wegen der Teilnahme an Kriegsmassnahmen, die der Unterzeichnung des Waffenstillstandes vorangegangen sind, verfolgt werden. Keinerlei Verhaftungen irgendwelcher Art dürfen ausgeführt werden. Die Depots von Lebensmitteln jeder Art für die Zivilbevölkerung, Vieh usw. müssen an Ort und Stelle verbleiben. Andererseits ist Deutschland verpflichtet, keinerlei allgemeine oder staatliche Massnahmen zu treffen, noch besondere Befehle zu erteilen, die eine Entwertung der industriellen Unternehmungen oder eine Verringerung ihres Personals herbeiführen sollen. Eisenbahnen und sonstige Verkehrsmittel werden weiterarbeiten.

4. Der Zusammenhang der linksrheinischen Gebiete mit dem deutschen Reich wird in keiner Weise angetastet. Der Feind macht lediglich Anspruch auf eine Gesamtkontrolle. Leben und Eigentum der Bevölkerung ist somit nicht gefährdet. Die Bevölkerung handelt richtig, wenn sie ihren Wohnsitz nicht verläßt und auch sonst keine unüberlegten Massnahmen trifft, um eingebildeten Gefahren zu begegnen.

Berlin, 18. Nov. 1918.

Die Waffenstillstandskommission:

Staatssekretär Erzberger, Graf Oberndorff, General von Winterfeldt, Kapitän z. S. Banfelow.
Rat der Volksbeauftragten: Ebert.

Im Interesse einer geordneten Finanzwirtschaft ist es notwendig, daß jeder Eingriff unzuständiger Stellen in den Betrieb der staatlichen und kommunalen Kassen vermieden wird. Anweisungen auf dem Gebiete der Kassenverwaltung werden deshalb nach wie vor nur durch die schon bisher mit diesen Aufgaben betrauten gewesenen Behörden erlassen werden. Insbesondere sind die Arbeiter- und Soldatenräte zu Eingriffen in den Betrieb der Kassen nicht zuständig. Unberechtigte Eingriffe sind abzuwehren.

Berlin, den 13. November 1918.

Die mit Führung des Ministeriums des Innern und des Finanzministeriums Beauftragten:
gez. Hirsch. Dr. Suedekum.

Unabhängigkeit der Gerichte.

Berlin, 21. Nov. Im Anschluß an die Verfügung der preussischen Regierung vom 14. ds. Mts. über die Unabhängigkeit der Behörden weisen wir darauf hin, daß die Unabhängigkeit der Gerichte nicht angetastet werden darf. Es ist daher unzulässig, wenn seitens eines Arbeiter- und Soldatenrates, wie es vorgekommen ist, angeordnet wird, daß die Urteile der Gerichte dem Arbeiter- und Soldatenrat zur Genehmigung vorzulegen sind.

Berlin, 16. November 1918.

Die preussische Regierung.

gez. Hirsch. Ertel. Braun. Eugen Ernst
Adolph Hoffmann. Dr. Rosenfeld.

In einer Reihe von Stadtgemeinden ist die Stadtverordnetenversammlung und sind die Deputationen aufgehoben und an ihre Stelle sind für die gesamte Gemeindeverwaltung

die zur Durchführung der Revolution gebildeten Organe gesetzt. Ein derartiges Vorgehen widerspricht den grundlegenden Grundsätzen der neuen Zentralorgane in Reich und Staat. Es gefährdet aus höchster den ruhigen Fortgang der Volksernährung, der Unterstützung bedürftiger Familien, der Krankenpflege und aller sonstigen kommunalen Aufgaben. Selbstverständlich können grundlegende Änderungen in der Organisation einzelner Gemeindeverwaltungen nur infolge einheitlichen gesetzgeberischen Vorgehens erfolgen.

Nachdem gestern der Rat der Volksbeauftragten ein bestimmtes Programm für Wahlen zu öffentlichen Körperschaften vorgegeben hat, bleibt bis zu deren Durchführung die bisherige Organisation in allen Stadtgemeinden und sonstigen Kommunalverbänden bestehen.

Berlin, den 16. November 1918.

Die Preussische Regierung.
gez. Hirsch. gez. Strobel.

BB. Berlin, 19. Nov. (Verordnung.) Mannschaften, die dauernd Arbeitsdienst leisten, sind zu entlassen; werden sie weiter beschäftigt, so sind sie freie Zivilarbeiter und sind auch als solche zu behandeln. 2. Mannschaften, die vorübergehend zu Arbeitsleistungen, die sonst Zivilarbeiter verrichten, herangezogen werden, erhalten für jede Stunde 50 Pfg. Zulage. 3. Mannschaften, die sich freiwillig zu besonderem Sicherheitsdienst über ihren Entlassungstag hinaus mit zehntägiger Kündigung freistellen verpflichten, können für diesen Dienst angenommen und kommandiert werden. Sie erhalten eine monatliche Löhnung von 30 Mark und erhalten eine tägliche Zulage von 5 Mark als Führer und 3 Mark als Mann. 4. Die Mannschaften beziehen, solange sie mobil sind, mobile Löhnung, soweit sie immobill sind, immobile Löhnung. Jedoch Gezeite und Mannschaften monatlich 30 Mark.

Der Rat der Volksbeauftragten:

Ebert, Haase, Scheidemann, Landsberg, Barth.
Der Volksrat der Arbeiter- und Soldatenräte.
(gez.) Müller. (gez.) Mollenhuth.

Preisfestsetzung des aus den Hauschlachtungen 1918/19 anfallenden Speckes.

Das Königlich Preussische Landesfleischamt hat unter Zustimmung des Herrn Staatskommissars für Volksernährung genehmigt, daß für den aus Hauschlachtungen abgegebenen angefangenen Rindenspeck und für Flonen 7 Mk. statt 4.50 Mk. je Hilo festgesetzt werden. Rindenspeck wird nicht angenommen. Falls Rindenspeck geräuchert abgeliefert wird, werden 8.— Mk. für ein Hilo vergütet.

Die Abgabe von Speck hat nach den bisherigen Vorschriften und an die von den Herren Bürgermeister bezeichneten Empfangsstellen zu erfolgen.

Radesheim a. Rh., den 11. November 1918.

Der Kreisausschuß des Rheingaukreises.

Unter Aufhebung der Festsetzung vom 26. November 1917 — Rhg. Anzeiger Nr. 140 vom 29. 11. 1917 — Rhg. Bürgerfreund Nr. 145 vom 29. 11. 1917 — werden die Kleinhandelspreise für 1 Pfund Zucker anderweitig wie folgt festgesetzt:

1. Gemahlener Zucker jeder Art 55 Pfg.
2. Rohrzucker 58 Pfg.

Diese Preise sind Höchstpreise im Sinne des Gesetzes über Höchstpreise vom 4. 8. 1914, in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. 12. 1914 in Verbindung mit den Bekanntmachungen vom 21. 1. 1915, 23. 9. 1915 und 23. 3. 1916.

Zu widerhandlungen werden gemäß § 6 des Gesetzes betr. die Höchstpreise mit Gefängnis bis zu 1 Jahr oder mit Geldstrafe bis zu 10000 Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft. Neben Gefängnisstrafe kann auf Verluß der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden.

Diese Anordnung tritt am 26. November 1918 in Kraft.

Radesheim a. Rh., den 16. November 1918.

Der Kreisausschuß des Rheingaukreises.

Zur inneren Lage.

Beginn des Wahlkampfes.

(§) Der Wahlkampf für die Nationalversammlung hat begonnen. Als erste Partei veröffentlicht die Sozialdemokratie einen Wahlaufschuß. Wir stehen, so heißt es darin, unter dem erhebenden Eindruck jener gewaltigen Umwälzung, die das alte, scheinbar so feste Regiment zusammenbrechen ließ. Die alten Fesseln sind gesprengt. Die Bahn ist frei für die Verwirklichung unserer Ziele. Damit aber hört der politische Kampf nicht auf. Im Gegenteil. Rechts sammeln sich die alten bürgerlichen Parteien, um die Geschicke Deutschlands möglichst in ihrem Sinne zu beeinflussen. Links von uns stehen Gruppen, die die Entwicklung in Bahnen drängen wollen, die unseren demokratischen Grundgesetzen widersprechen. Schwere Kämpfe stehen uns daher bevor.

Im kommenden Frühjahr sind Vertretungskörperschaften für Reich, Staat und Gemeinde zu wählen. Eine äußerst rege Agitation und Vorbereitung muß einsetzen. Zu dieser fordern wir unsere Anhänger hierdurch auf. Am Schluß des Aufrufs wird um Beiträge für den sozialdemokratischen Wahlfond gebeten. — Es ist anzunehmen, daß nunmehr auch die andere Parteien ihre Wahlaufschüsse veröffentlichen.

Das Finanzprogramm der Regierung.

BB. Berlin, 19. Nov. Der neue Staatssekretär des Reichsschatzamtes, Erzellenz Schiffer, erklärte Herrn Goslar, Mitglied der volkswirtschaftlichen Redaktion der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ gegenüber: Die neue Regierung denkt nicht daran, irgend etwas von den Bedingungen der Kriegsanleihe, sowohl was die Schuldverschreibungen, als auch was die Reichsschatzamtweisungen betrifft, zu Ungunsten der Anleihebesitzer zu ändern. Was den Besitzern der Kriegsanleihe versprochen ist, werden wir unbedingt halten. Soweit es sich darum handeln kann, dem Druck auf den Kurs der Kriegsanleihe entgegenzuwirken, der sich aus diesem Materialangebot ergeben kann, erhoffe ich guten Erfolg von der Aufnahmeaktion, die sich aus der Reichsbank und den Privatbanken bilden wird, sowie von anderen Massnahmen, die noch in Vorbereitung sind. Erzellenz Schiffer beklagte weiter die Noten- und Geldkammererei, die sich nachgerade zu einem Umfang ausgewachsen habe, bei dem die Mitwirkenden sich schon längst nicht mehr klar darüber sind, welches ungeheure Maß von Verantwortung sie auf sich laden. Die glatte Abwicklung der Lohn- und Gehaltszahlungen hängt in erster Linie davon ab, ob überall rechtzeitig genug Bargeld zur Verfügung steht. Stoden die Zahlungen, so können heute mit Leichtigkeit Unruhen entstehen, deren Folgen niemand absehen kann. Weiter erklärte Erzellenz Schiffer, daß er gegen Steuerhinterziehung in jeder Form mit der äußersten Schärfe vorgehen werde. Das Steuerfahndungsgesetz, das die Verhinderung von Geldern und Effekten ins Ausland verhindern soll, war nur der Anfang, ihm werden entsprechende Massnahmen für das Inland folgen.

Die Trennung von Kirche und Staat.

(b.) Berlin, 20. Nov. Die Trennung von Kirche und Staat gebietet Adolf Hoffmann, wie die „Germania“ erfährt, bald durchzuführen. Er beabsichtigt, vom 1. April 1919 an die Zahlung der Kultusgelder einzustellen, was natürlich zur Folge haben wird, daß die Geistlichkeit, soweit sie in staatlichen Gebäuden wohnt, diese verlassen muß. Im preussischen Kultusministerium wird ferner der Gedanke erwogen, das Bistum der Pfälzer zu säkularisieren.

Um den Frieden.

(b.) Berlin, 19. Nov. Die Londoner „Morningpost“ meldet, daß nach dem Vorgange Frankreichs nunmehr auch die englische Regierung sich bereit erklärte, mit Deutschland einen Präliminarfrieden abzuschließen.

(b.) Genf, 19. Nov. „Journal des Debats“ berichtet von bedeutenden Änderungen der Waffenstillstandsbedingungen gegenüber Deutschland, sobald der Präliminarfrieden unterzeichnet ist.

(b.) Haag, 19. Nov. Aus Tokio wird gemeldet: Die japanischen Gesandten in London und in Paris, Ginda und Marusi, wurden zu japanischen Delegierten für die Friedenskonferenz ernannt.

Zur Erledigung der Schulfrage.

Ig. Berlin, 19. Nov. Auf Beschluß des Reichstages Nationalrats wurden die Geheimarchive des kaiserlichen Kabinetts und des Ministeriums des Äußern geöffnet, um die dem Kriegsausbruch mit Serbien vorausgegangenen Dokumente und die für die Kriegsforschung maßgebenden Schriftstücke zwecks Erledigung der Schulfrage festzustellen.

Wilson auf der Friedenskonferenz.

BB. Berlin, 20. Nov. Die „Voss. Ztg.“ berichtet: Wie ein Londoner Gewährsmann berichtet, wird Wilson in nächster Zeit in London eintreffen, um nach kurzem Aufenthalt nach Paris weiterzureisen. Lansing soll anfangs nächster Woche in Paris eintreffen. Die Verhandlungen über den Präliminarfrieden sind in Paris im Fortschreiten. Man nimmt an, daß die Verhandlungen nur kurze Zeit in Anspruch nehmen werden.

Wilson soll England und Frankreich zu bedeutenden Zugeständnissen veranlaßt haben, da Wilson überzeugt ist, daß die deutsche Republik auf festem Boden steht. Er hofft jedoch, daß die Wahlen zur Nationalversammlung so bald wie möglich abgehalten werden, da von der Entwicklung der inneren Politik Deutschlands die Lieferung von Lebensmitteln abhängt. Wilson will Deutschland auch noch weitgehende Zugeständnisse für die Belieferung mit Nahrungsmitteln machen. Er macht aber auch dies abhängig von der inneren Lage Deutschlands.

Waffenstillstandsbedingungen.

BB. Rotterdam, 20. Nov. Aus Spaa wird gemeldet: Die deutschen Vertreter des Oberkommandos in Spaa haben bei dem Oberkommando der Alliierten Verhandlungen über einige Punkte beantragt, die das Kriegsmaterial und die Lebensmittelvorräte auf dem

linken Abenteurer betreffen. Diese sollen deutsches Eigentum verbleiben. Ferner wird verlangt, daß die Besatzung nicht aus schwarzen Truppen bestehen darf, und daß die deutsche Polizei in den besetzten Gebieten tätig sein wird. Ferner wird die deutsche Garnison an der Grenze der neutralen Zone verbleiben müssen. Außerdem wird darüber verhandelt, daß die Alliierten, um Ausschreitungen der Bolschewisten gegen die Bevölkerung zu verhüten, sofort Südrussland besetzen werden und auch die baltischen Provinzen, besonders L i b a u und R i g a.

BB. Berlin, 19. Nov. Ueber die Durchführung der Waffenstillstandsbedingungen verläutet von zuständiger Stelle, daß der kleine Kreuzer „Königsberg“ mit Admiral Meurer an Bord aus Rostock nach Wilhelmshaven zurückgekehrt ist. Die erste Unterseeboot-Staffel, bestehend aus 20 U-Booten, lief am 18. November um 9 Uhr vormittags im Geleit von zwei Sechsfußschiffen aus Helgoland zum Treffpunkt mit den englischen Seestreitkräften in der Nähe des Eingangs zum englischen Kanal aus. Von den zu internierenden Schiffen sammelten sich 9 Dampfschiffe, 5 Panzerkreuzer, 7 kleine Kreuzer und 50 Torpedoboote am 18. November auf der Schilligreebe. Sie werden voraussichtlich am 19. November mittags nach den vereinbarten Rendezvous-Plätzen, etwa 40 Seemeilen vor dem Eingang des Firth of North, auslaufen. Das Dampfschiff „König“ und der kleine Kreuzer „Dresden“, infolge von Reparaturarbeiten noch nicht fahrbereit sind, werden nach der Vereinbarung mit dem englischen Flaggenschiff „Admiral Beatty“ in etwa 3 Wochen interniert werden. Die zweite U-Boot-Staffel, bestehend aus 21 U-Booten soll am 19. November aus Helgoland auslaufen.

Die Alliierten.

BB. Basel, 20. Nov. Die „Times“ meldet aus New-York: Lausung erklärte am Samstag im Kongreß, die Alliierten seien bereit, mit Deutschland einen Präliminarfrieden abzuschließen. Ein endgültiger Friedensschluß sei aber erst nach Herstellung der vollkommenen staatsbürgerlichen Freiheit durch eine allen Parteien gerecht verbundene Reichsversammlung möglich. Ueber eine kommunistische noch eine sozialistische Republik sei der Ausdruck des Volkswillens, sondern eine Republik, die alle Staatsbürger umfaßt. Experimente dürften bei den Alliierten auf Widerstand stoßen.

(b.) Basel, 20. Nov. Dem „Daily Express“ zufolge haben Lloyd George und Balfour in ihren letzten Besprechungen mit Unterhausmitgliedern keinen Zweifel darüber gelassen, daß die Alliierten auch eine aufzuhebende sozialistische Republik in Deutschland nicht anerkennen und auch mit dieser, die wieder nur die Herrschaft einer einzigen Klasse sei, keinen Frieden schließen können. Die Alliierten verlangen auch für Deutschland die Gleichberechtigung aller Parteien und eine Verfassung, die für alle Zeiten den Terrorismus einer einzigen Klasse ausschließt. Durch Rußland gewarnt, würden die Alliierten vor der Sicherstellung der absoluten Freiheit in Deutschland nicht an einen Frieden und auch nicht an eine Demobilisierung denken können.

Freiheit der Meere.

BB. Rotterdam, 21. Nov. Der „New-Yorker World“ veröffentlicht einen Artikel über die Freiheit der Meere. In Amerika wird die Freiheit der Meere stets mit der Unverletzlichkeit des Privateigentums auf See identifiziert. Die Amerikaner hielten an der Lehre fest, daß freie Schiffe freies Gut enthalten. Wenn die Ladung keine Konterbande ist, kann sie nicht beschlagnahmt werden. Neutrale Schiffe, die sie führen, können nicht erbeutet oder vernichtet werden. Auf dieses Prinzip blickte bisher nicht in das Völkerrecht aufgenommen wurde, lag größtenteils an der Opposition Englands. Indem England alles als Konterbande erklärte, verletzte es auch das Völkerrecht, wenn auch nicht in demselben Maße wie Deutschland. Die Vereinigten Staaten müßten ihrer ganzen Geschichte unterwerfen werden, wenn sie nicht auf einer vollständig betriebenden Lösung dieses Programmes bestünden. Englands Haltung auf der Friedenskonferenz in dieser Frage wird den Präzedenz für seine Versicherungen bilden, daß es die Ideale Wilsons unterstützt.

Der Einzug in Brüssel.

BB. Basel, 20. Nov. Der Berichtsfalter der Havas-Agentur meldet den erfolgreichen Einzug des belgischen Königspaares in Brüssel unter dem Jubel der Bevölkerung. Belgische Truppen besetzten vor ihrem Souverän, der von der Stadt Brüssel einen Ehrenbogen erhielt.

Aus England.

BB. Köln, 20. Nov. Die „Köln. Ztg.“ meldet aus Amsterdam: Bonar Law beantragte im Unterhause die Abfassung einer Adresse an den König, um ihn zu dem Abschluß des Waffenstillstandes unter Aufsicht auf einen sieghaften Frieden Glück zu wünschen. Zu dem Zeitpunkt, wo die Revolution durch Europa brause, könne England der Zukunft mit Mut und Hoffnung entgegensehen, weil seine Einrichtungen auf der festesten Grundlage beruhen, unter Zustimmung des Volkes.

Die Opfer der russischen Revolution.

(b.) Genf, 20. Nov. Dem „Echo de Paris“ zufolge spricht Clemenceau am Samstag im Kammerauschuß über den Volkswismus und über den Einfluß der Alliierten, in Rußland Ordnung zu schaffen. Nach zuverlässigen Berichten an das französische Staatssekretariat seien im ersten Jahre der Bolschewiki-Herrschaft in Rußland über 30 000 bürgerliche Personen ohne Urteilspruch eines Gerichtes erschossen worden.

Soll an Lanfing.

(b.) Haag, 19. Nov. „Hollandsch Nieuwsburo“ berichtet, daß Staatssekretär Dr. Soll an Staatssekretär Lanfing eine neue Note gerichtet hat. In dieser wird u. a. erklärt, daß bei dem heutigen Stand des deutschen rollenden Eisenbahnmateri als und bei dem hohen Mangel an unumgänglich sein wird, eine auch nur in bescheidenen Grenzen gebaltene Versorgung der Städte mit Lebensmitteln sicher zu stellen. „Wir sind“, heißt es in der Note, „außerstande, auch nur für eine Woche die Versorgung garantieren zu können und müßten, da die Verhältnisse im Osten und Westen, Norden und Süden gleich liegen, damit rechnen, daß in vielen Teilen des Reiches gleichzeitig Hungerrevolten als Folge der Transportbehinderungen entstehen, deren Folgen unberechenbar wären. Endlich hat die Fortsetzung der Blockade, insbesondere in der Ostsee, zur Folge, daß

sonst die für unsere „Wichtige“ Transporte aus dem Norden, wie die für Skandinavien unentbehrlichen deutschen Rohstoffe, unumgänglich gemacht werden und veranlaßt, die von den Kohlen abhängigen deutschen und skandinavischen Industrien zu Arbeitseinsparungen, wenn nicht gar zum Stilllegen. Auch die völlige Lahmlegung der Nord- und Ostseefischerei würde während einer Blockade fortdauern. Wir haben unsere Vertreter in Spaa angewiesen, obige dringende Wünsche mit den Vertretern der alliierten Regierungen zu besprechen, hatten aber keinen Erfolg, da die Vertreter der Alliierten keine Vollmacht zu Verhandlungen zu haben schienen. Wir bitten, angesichts der drohenden Gefahr, die uns aus den erdrückenden Waffenstillstandsbedingungen erwächst, uns möglichst umgehend einen Ort zu bezeichnen, an dem unsere Vertreter mit bevollmächtigten Vertretern der alliierten Regierungen zur Beratung der obigen Fragen zusammenkommen können. Da die Transportfrage zu Wasser und zu Land täglich schwieriger wird und die zurückstehenden Truppen alle Organisationen auflösen drohen, bitten wir, keine Zeit zu verlieren, damit wir instande sind, die bisher noch aufrecht erhaltene Ordnung auch weiter aufrecht erhalten zu können. (gez.) Soll.

Eberts Auslassungen.

BB. Berlin, 18. Nov. Der Reichszentralrat Ebert gewährte dem Herausgeber der Amerikanischen Korrespondenz William Vorjohd eine Unterredung, in der er u. a. sagte:

Man wird in Amerika und überall mehr durch unsere Handlungen als durch meine Worte erkennen, daß wir die ernst begonnene Arbeit ernst und tatkräftig fortsetzen wollen. Das deutsche Volk, soweit es noch nicht demokratisch ist, wird es nach und nach werden. Wir sind ein langsam denkendes Volk. Schnell sind wir nicht, dagegen sind wir aber ein Geseh achtendes und Gerechtigkeit liebendes Volk. Die Männer der gegenwärtigen Regierung bilden die Regierung des ganzen deutschen Volkes. Wir behalten weiter unsere Mandate der sozialistischen Partei und haben alle Gelegenheiten, für unsere Grundsätze und unseren politischen Glauben einzutreten, und gerade weil wir an die Rechte des Volkes glauben, werden wir fortfahren wie bisher, ohne die Rechte Andersdenkender zu verletzen, für unsere Grundsätze und unseren politischen Glauben einzutreten und bemüht sein, an dem Aufbau einer Weltordnung mitzuwirken, in der die vortreffliche Klasse nicht eine enterbte Klasse sein soll. Diese Gerechtigkeit wird überall triumphieren, wo wirklich demokratisch regiert wird, und nirgends wird dieser gerechte Grundsatze wahrere und allgemeinere Anerkennung finden, als gerade in dem deutschen Volk, und deswegen wird die deutsche Republik auch in der Einwohnerzahl nächst der amerikanischen die größte Republik der Welt werden.

Jetzt handelt es sich für uns, und in gewissem Grade auch für unsere früheren Gegner, um die Frage. Ist der Präsident scheint auch in dieser Hinsicht richtig zu denken. Hunger kann uns nicht stärken. Es heißt jetzt, die schwer erlangte Demokratie auszubauen, und, wenn notwendig, für ihr Fortbestehen zu kämpfen. Die junge deutsche Republik legt Wert darauf, von dem amerikanischen Volk und seinem Präsidenten verstanden zu werden. Wir hoffen, daß das uns leichter gelingen wird, als viele Gedankenengänge des Präsidenten Wilson und damit des amerikanischen Volkes ganz den Gedanken entsprechen, die die deutsche Republik und ihre Regierung, ihre Volksbeauftragten, beherzigen haben und weiterhin beherzigen.

Zun besondern sind die Forderungen nach einem Frieden des Rechtes und der Gerechtigkeit, nach dem Selbstbestimmungsrecht der Völker, nach der Herrschaft der Völker über ihr eigenes Land und nach Bildung eines Völkerbundes wesentliche Bestandteile des Planes der gegenwärtigen Regierung. Um unseren politischen Plan und die Demokratie in Deutschland durchzuführen zu können, ist die Frage der Volksernährung die Grundlage jedes staatlichen Lebens. Diese Frage ist eine unbedingte Voraussetzung des Weiterbestehens der deutschen Volksrepublik. Wir haben es deshalb mit Freuden empfunden, wie sehr der Präsident der Vereinigten Staaten diese Voraussetzung durch das Versprechen einer tatkräftigen Hilfe anerkannt hat. Uebermitteln Sie Ihrem Herrn Präsidenten und dem amerikanischen Volke unseren Dank und lassen Sie uns hoffen, daß nach einem gerechten Frieden gemeinsame Gedanken auch gemeinsames Arbeiten ermöglichen werden, zum Heile des amerikanischen und des deutschen Volkes, aber auch zum Segen der ganzen Menschheit.

Scheidemann.

über den Hungerkrieg und die Nationalversammlung.

Das Mitglied der Reichsleitung, Scheidemann, erklärte einem Vertreter der „Continental Times“: Das deutsche Volk anerkennt die erste Friedensstat, das deutsche Volk mit Lebensmitteln zu versehen. Was wir tun können, geschieht: ein Ausschuss wird sich unverzüglich zum amerikanischen Gesandten in Haag begeben, um eine Beschlernung der von dem Präsidenten Wilson in Aussicht gestellten Unterstützung zu ermöglichen und vorläufige Sendungen in die Wege zu leiten. Aber heute, in der hoffentlich letzten Stunde unseres Martyriums, das angesichts der vernichtenden Waffenstillstandsbedingungen vielleicht nur durch ein neues, schlimmeres abgelöst wird, muß für immer vor aller Welt festgestellt werden:

Noch nie ist ein Krieg grausamer und noch nie im Rahmen eines Krieges der Kampf gegen Leben und Gedeihen eines Volkes so unbarbarisch und nachhaltig geführt worden, wie der Hungerkrieg gegen unsere Frauen und Kinder in der Heimat. Die Verlustziffern sind selbst im Vergleich zu den blutigen Verlusten aller Völker unheimlich. Was aber auf die Dauer an Gesundheit und Lebenskraft geschwächt wurde, ist kaum abzuschätzen. Was der Krieg und seine Folgen für unsere Zukunft bedeuten, das können Sie am besten aus den Beobachtungen erfahren, die bei unsern Müttern und Säuglingen gemacht wurden. 70 vom Hundert aller Schwangeren und Gebärenden sind unterernährt und kommen so ausgehungert in die Klinik, daß kein Essenstisch vor ihnen sicher ist. Unterernährung und Malaria haben einen solchen Umfang angenommen, daß die Grippe nahezu 20 v. H. aller Schwangeren und Gebärenden hingerafft hat. Die Kinder können von den Müttern nicht ernährt und mit dem viertel Liter Milch auch nicht

Mit der Flasche ernährt werden, so daß wir jetzt eine Sterblichkeit von mindestens 30 v. H. bei den eheleichen Kindern und 50 v. H. bei den unehelichen Kindern haben. Heute besteht in Deutschland tatsächlich der schreckliche Zustand, daß wir für die Mütter und Neugeborenen der ärmeren Bevölkerung eine vollkommene, die schwersten Opfer fordernde Hungernot haben. Sie sehen daraus, daß für unsere bisherigen Gegner der Krieg mit dem letzten Schuß tatsächlich vorbei war, während er für uns noch im Marke des Volkes weiter wählt. Einen wirklichen Frieden kann für uns erst umfassende Ernährung und damit Neubelebung der Arbeitskraft bedeuten.

BB. Berlin, 18. Nov. Ueber die Mahlen zur Nationalversammlung äußert sich Scheidemann im „Vorwärts“: Kein politisches und kein wirtschaftliches Gedeihen ohne Nationalversammlung! Das muß die Parole für die deutsche Reichsleitung sein. Für die sozialdemokratische Partei aber gilt es, für einen Wahlkampf zu rufen, wie es keinesgleichen noch kaum gegeben hat. Eine Entscheidung wird fallen, die wahrlich nicht geringere geschichtliche Bedeutung besitzt, als die Entscheidung des Schlachtfeldes. Alles, was in unserer Partei an Opfermut und Kampfeslust lebt, alle geistigen und materiellen Kräfte müssen angespannt werden bis zum letzten, damit der Sieg unser bleibt.

Prinz Max' Rechtfertigung.

Der frühere Reichszentralrat Prinz Max von Baden hat über seine Führung der Reichsgeschäfte Rechenschaft abgelegt, die lesen von der Redaktion der „Preussischen Jahrbücher“ als Flugchrift veröffentlicht wird. Prinz Max erklärt, er sei sich bei der Übernahme des Reichszentralrates bewußt gewesen, daß der Krieg verloren war. Er habe Deutschland, soweit dies noch möglich war, durch demokratische Umgestaltung und Völkerverständigung zu retten versucht, habe aber dieses Ziel nicht erreichen können. Seine Friedenspolitik sei entscheidend gestört worden durch das Waffenstillstandsangebot, das ihm fertig vorgelegt wurde, als er in Berlin eintraf. Der Prinz hat es bekämpft, weil es ihm als ein schwerer Fehler erschien, den ersten Schritt der neuen Regierung durch ein so überraschendes Eingeständnis von Deutschlands Schwäche zu begleiten. Er hätte dann den Gegenvorschlag gemacht, die Regierung sollte als ihre erste Handlung ein detailliertes Kriegszielprogramm aufstellen, welches vor aller Welt unsere Uebereinstimmung mit den Grundsätzen des Präsidenten Wilson deutlich machte und unsere Bereitwilligkeit, diesen Grundsätzen auch schwere nationale Opfer zu bringen. Die militärischen Autoritäten hätten darauf geantwortet, auf die Wirkung einer solchen Umgebung könne nicht mehr gewartet werden, die Lage an der Front erfordere binnen 24 Stunden ein Waffenstillstandsangebot. Darauf hätte der Prinz sich entschlossen, das nunmehr unvermeidlich gewordene Waffenstillstandsangebot mit dem Namen der neuen, unbefangenen Regierung zu unterstützen. Nach einer Woche indes hätten die militärischen Autoritäten ihm eröffnet, daß sie sich in der Einschätzung der Lage an der Front am 1. Oktober getäuscht hätten.

Prinz Max geht dann auf die Ursachen des Zusammenbruchs der inneren Front ein. Die Ausschaltung aller Nebenregierungen war im besten Gange. Bei dem ersten Konflikt gab Ludendorff nach, beim zweiten nahm er seinen Abschied. Dann kam die Aufstellung der Abkündigungsforderung durch den Präsidenten Wilson. Der Prinz habe den Kaiser dauernd orientiert, daß dessen freiwilliger Entschluß das Reich vor schweren Erschütterungen bewahren könnte. Man dürfe das Jögern des Kaisers nicht falsch verstehen. Es seien gewichtige Einsprüche am Werk gewesen, die ihn davon überzeugten, daß seine Abdankung das Signal zur Auflösung der Front wäre. Schließlich schreibt der Prinz: „Der Umsturz hat sich unumkehrbar vollzogen. In der Hand der neuen Regierung ist eine ungeheure Verantwortung gelegt: sie kann uns als eine Nation retten, sie kann uns als Nation zerstören. Ich habe den Reichszentralrat Ebert als einen Mann kennen gelernt, der reinen Willens ist und dem es Überzeugungsfrage ist, daß Deutschland nur seiner internationalen Pflicht genügen kann, wenn es sich als Volkseinheit erhält. Diese Regierung kann uns vor dem Bürgerkrieg bewahren, wenn sie demokratisch regiert, und ihre erste nicht aufzuschiebende Pflicht ist es, sich durch eine verfassungskonforme Nationalversammlung die Grundlagen für ihre Macht geben zu lassen. Usurpierte Macht ertötet das neue, befreite deutsche Volk nicht. Es hat sich durch die Bildung der Volksregierung am 3. Oktober von der Diktatur Ludendorffs befreit. Es wird keine andere Diktatur einer Minderheitsgruppe ertragen.“ Der Prinz schließt mit den Worten eines Soldatenbriefes: „Gebet der Himmel, daß Deutschland nicht charakterlos aus diesem Krieg hervorgeht.“

Die Lebensmittel-Versorgung.

Was Hoover sagt.

BB. Bern, 19. Nov. Hoover, der Nahrungsmittelverwalter der Vereinigten Staaten ist nach Europa abgereist. Vor seiner Abreise hat er noch einen Bericht veröffentlicht. Er sagt, daß das Ernährungsproblem in Europa heute ein äußerst verwickeltes sei. Von den sämtlichen europäischen Ländern mit einer Gesamtbevölkerung von 420 Millionen hätten tatsächlich nur drei, nämlich Südrussland, Ungarn und Dänemark, die eine Bevölkerung von sagen wir 40 Millionen Menschen darstellen, genügende Nahrungsmittelvorräte, um bis zur nächsten Ernte zu reichen, ohne auf Einfuhr angewiesen zu sein. Einige Länder bedürfen einer sofortigen Unterstützung. Wir haben, so sagt Hoover, einen Ueberschuß von 189 bis 200 Millionen Tonnen Nahrungsmittel, wenn wir sparsam wirtschaften. Somit kann der Situation Rechnung getragen werden, wenn dieser Ueberschuß und andere kleinere Reserven in der Welt befördert werden können. Im ganzen kontinentalen Europa sind die Viehbestände erheblich herabgemindert worden und es besteht daher Fleisch- und besonders Getreidemangel. Die Länder in Europa haben ihre Ernte eingebracht, und unter geordneten Umständen würden die Erntevorräte für einen Zeitraum von mindestens zwei Monaten ausreichen. Ungefähr 20 Millionen Menschen befinden sich gegenwärtig in sozialer Unordnung. In diesen Zeiten der Transport- und Finanznot haben die Bauern die Reigung, ihre Erzeugnisse nicht auf den Markt zu bringen, und dadurch befinden sich die Städte in großen Schwierigkeiten, sogar wenn auf

dem Lande genügende Vorräte vorhanden sind.

Herr Hooper sagte ferner: Die Bauern und die Dorfbewohner sorgen für sich in der Regel für ein ganzes Jahr vor. Das Problem krümmt somit auf die kleineren und größeren Städte zusammen. Frankreich, England und Italien werden versorgt. Diese Länder umfassen 125 Millionen Menschen. Unsere nächste Sorge muß sein, die Blockademassnahmen soweit wie möglich beizubehalten, damit die neutralen Staaten in Europa, in denen gegenwärtig die verschiedenen Systeme der Nationierungen aufgehoben werden, imstande sind, für ihre eigene Bevölkerung zu sorgen, um das Anwachsen des Anarchismus zu verhindern. Diese Länder umfassen eine weitere Gruppe von 40 Millionen Menschen. Ein weiteres Problem geben uns die 5 Millionen Menschen auf, die in Nordrußland leben. Ein großer Teil dieser Menschen ist durch den Zusammenbruch des Verkehrssystems abgeschnitten. Ein großer Teil von diesen in Nordrußland lebenden Menschen wird im Winter ohne Hilfe sein. Mit diesen Menschen sympathisiert das amerikanische Volk und ist bereit, für sie alle notwendigen Opfer zu bringen.

Ein großes Problem ist dasjenige, welches die Lage der circa 90 Millionen Menschen in den feindlichen Ländern betrifft. Das Problem besteht nicht darin, ihnen zu Hilfe zu kommen, sondern darin, die Blockade, die auch während des Waffenstillstandes weiter besteht, zu mildern, um die Bevölkerung wenigstens mit dem Notwendigsten zu versehen und eine gewisse Stabilität der Regierungen dadurch zu gewährleisten. Falls die Anarchie nicht unterdrückt und dadurch eine Stabilität der Regierungen in den feindlichen Ländern nicht erreicht werden kann, wird es niemanden geben, mit dem ein Frieden geschlossen werden kann und niemand wird vorhanden sein, der die Rechnung der in Frankreich und Belgien begangenen furchtbaren Schäden zu bezahlen gewillt ist. Ich war lange Zeuge des Raubes von Nahrungsmitteln an Frauen und Kindern und der Zerstörung von Millionen von Tonnen an Nahrungsmitteln auf dem Meere und von dem Elend, das Millionen in den großen und kleineren alliierten Staaten unter dem deutschen Joch erdulden mußten. Die Gerechtigkeit verlangt, daß eine Regierung eingesetzt wird, um dieses Unrecht wieder gut zu machen.

Auch Rußland will helfen.

(b.) Berlin, 19. Nov. Die russische Näteregierung hat der neuen deutschen Volksrepublik Getreideleistungen angeboten und auch bereits zwei Güte mit Recht abgeben lassen. Wie verlautet, hat die deutsche Reichsregierung mit Dank abgelehnt unter Hinweis darauf, daß die Entente Deutschland Lebensmittel in Aussicht gestellt habe, und andererseits die Lebensmittellieferanten in den russischen Großstädten so schlimm sei, daß die Bevölkerung kaum den Winter überleben könne. Die deutsche Volksregierung könne es daher nicht verantworten, wenn durch die Großherzigkeit der Näteregierung die schwache Nation der russischen Arbeiter noch weiter geschwächt würde. Man befürchtet auch, daß die russische Näteregierung keine Verfügungsgewalt über dieses Getreide habe, weil sich gerade im Kubangebiet, wo das Getreide herkommen soll, mit Unterstützung der Freiwilligenarmee die neue russische Regierung gebildet hat, deren hervortragendster und charakteristischster Vertreter Sazonow ist.

Ein Wort zur Stunde.

Eine Woche ungeheuren Geschehens liegt hinter uns. Unser Deutschland, an dem wir mit dem Herzblut der Vaterlandsliebe hingen, liegt in Trümmern. In wenigen Stunden ist das Gebilde, das stolz auftrug in der Völker-Schar, zu Boden gesunken.

Was es gewesen ist, ist unwiderbringlich verloren. Aufzubauen heißt es nun, wohl nicht für uns, aber für unsere Kinder und die kommenden Geschlechter.

Voraus ist der Blick zu richten, nicht rückwärtschauend darf man sich verlieren in Klagen um das Geschehene, das Verlorene. Der Aufgaben, die uns harren, sind zu viele, als daß wir die Zeit in Gedanken an das, was war, verlieren dürften.

Auf dem deutschen Bürgertum liegt jetzt die gewaltigste Verantwortung. Von seiner Erkenntnis, von seiner Kraft hängt die Gestaltung der Zukunft unseres Vaterlandes ab.

Gegenüber den Gewalten, die die Alleinherrschaft in Deutschland errichten, gebietet die Selbsterhaltung, die Zukunft unserer Nation, Zusammenschluß aller, die dem entgegenwirken wollen.

Und alle Bürger sind hierzu berufen; auf Männern und Frauen liegt die schicksalsschwere Verantwortung für das große und engere Vaterland.

Freiheit in der persönlichen Meinung entfesselt die Freiheit durch mancherlei Rücksichten gebundenen Kräfte des Bürgertums zu freier Entfaltung. Jeder hat sich sonach in den Dienst der Allgemeinheit zu stellen.

Noch bestehen die bisherigen Parteien; sie mögen als Sammelbecken dienen, aus dem einheitlich geführte Wasser sich befruchtend über das Land ergießen und helfen, die neue Saat aufgehen zu lassen, die Deutschland nähren und erhalten soll.

Aber einheitliche Führung des Bürgertums an die neuen Aufgaben erheischt die hohe Aufgabe, die uns gestellt ist. Die nächste ist die Wahl zur Volksvertretung in Deutschland und in unserem Lande. Wir verlangen den Ausdruck des Volkswillens, der Rundgebung der politischen Überzeugung des ganzen Volkes.

Daß diese Volksvertretung sich im Sinne des Bürgertums gestaltet, dazu müssen alle Bürger einheitlich Kraft und Willen zeigen, dann wird sich ein neues Deutschland bilden und gestalten, in dem ein freies Volk wohnen und sich entfalten kann und wird.

Darum hat d. h. 19. November 1918.

Dr. Osann.

Allerlei Nachrichten.

Staatssekretär Erzberger.

Berlin, 21. Nov. Vieles besteht Unklarheiten darüber, ob Staatssekretär Erzberger noch zur Reichsregierung gehört. Bekanntlich sind durch die Revolution sämtliche bürgerlichen politischen Staatssekretäre aus der Reichsregierung entfernt worden und auch Erzberger gehört nicht mehr dem politischen Kabinett an. Auf dringendes Ersuchen der neuen Regierung hat er sich, nach der „Germania“, aber bereit erklärt, die Waffenstillstandsverhandlungen zu Ende zu führen und die Friedensverhandlungen einzuleiten. Erzberger ist also im eigentlichen Sinne Staatssekretär für den Frieden.

40 Millionen Wähler zur Nationalversammlung!

Berlin, 21. Nov. Alle Kräfte der Reichsregierung sind, wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt, einig in dem Bestreben, die Vorarbeiten zur Wahl der Nationalversammlung zu fördern. Die Zahl der Wähler in Deutschland wird sich auf 40 Millionen belaufen.

Frankeich fordert 340 Milliarden??

Dr. Berlin, 18. Nov. Hinsichtlich der Entschädigungsfrage schätzt ein Mitarbeiter des „Matin“ die Schuld Deutschlands gegen Frankreich auf 340 Milliarden, nämlich die Rückzahlung der 5 Milliarden Kriegskosten von 1870 mit Zins und Zinseszins, für Pensionen 140 Milliarden, für Invaliden pensionen 50 Milliarden, für Kriegskosten 50 Milliarden, zum Wiederaufbau und als Schadenersatz 100 Milliarden. Die vorherige Anerkennung dieser Gesamtsumme sei, wie das Blatt hervorhebt, die Vorbedingung der Friedensverhandlungen. Alle anderen Ententeänder würden ähnliche Forderungen stellen, so daß das deutsche Nationalvermögen zur Begleichung nicht ausreicht. Die Entente werde deshalb bestimmen, wieviel man den Deutschen jährlich zum Leben lassen müsse.

(Vorläufig wollen wir dieses Rechenexempel als erbärmliches Geschreibsel betrachten und betonen, daß in der französischen Presse eine ungeheuerliche Geistesverwirrung einzutreten scheint.)

Oberst House.

(tu.) Zürich, 19. Nov. Oberst House äußerte Pressevertretern gegenüber seine Befriedigung über den Weg, den die deutsche Revolution einzuschlagen scheint. Die Alliierten hätten nicht die Absicht, gegen Deutschland vorzugehen. Sie wollten vielmehr mit Deutschland zusammenarbeiten. Mit einem Deutschland, das unter einer Diktatur stehe, sei es eine militärische oder eine revolutionäre, könnten die Alliierten nicht verhandeln. Wilson würde einer revolutionären Diktatur gegenüber den gleichen Standpunkt einnehmen, den er der Diktatur der Hohenzollern gegenüber eingenommen habe: Der Gewalt keinen Frieden und kein Brot! Ein wirkliches demokratisches Deutschland werde schneller, wie vielleicht seine eigenen Söhne es erwarten, wieder zu einer aequierten Völkergemeinschaft gelangen.

Der Einzug der Franzosen im Elsaß.

(b.) Genf, 18. Nov. In Paris veranstaltete die Regierung auf der Place de la Concorde vor der Straßburg-Station eine große öffentliche Feler zu Ehren der Rückkehr Elsaß-Lothringens zu Frankreich. Präsident Poincaré hielt die Festrede, wobei er versicherte, daß nach den Gefühlen des französischen Volkes und der Elsaß-Lothringer selbst nur eine einfache Rückkehr der verlorenen Provinzen möglich, eine vorherige Befragung aber ausgeschlossen sei.

(b.) Straßburg, 18. Nov. Die Blätter melden: Der Einzug der Franzosen in Mülhausen war ein kriegsmäßiger. Es sind drei Infanterie-Regimenter mit Artillerie und Hilfstruppen einmarschiert. Eine Abordnung des Gemeinderats Mülhausen ist den französischen Truppen entgegengefahren. Die Mülhausener Bevölkerung hat die einrückenden Truppen jubelnd empfangen.

(b.) Genf, 19. Nov. „Homme libre“ schreibt zur Einsetzung von französischen Zivilkommissaren in Elsaß-Lothringen, auch diese Maßnahme sei mit einer provisorischen. Die Entscheidung über die staatsrechtliche Zugehörigkeit Elsaß-Lothringens werde erst auf der Friedenskonferenz fallen.

(w.) Meß, 19. Nov. Im Laufe des gestrigen Nachmittags sind die ersten Vortruppen der Alliierten — Franzosen, Engländer und Amerikaner — in Autos, sowie in kleinen Abteilungen hier eingetroffen.

af. Kolmar, 18. Nov. Der Einzug der französischen Truppen in Kolmar erfolgte heute Montag vormittag. Eine Abordnung von Kolmar ist gestern nach Gerardmer gefahren, um mit den französischen Kommando Führung zu nehmen.

(b.) Straßburg, 19. Nov. Zu den Empfangsfeierlichkeiten für die Franzosen werden von einem privaten Komitee weitgehende Vorbereitungen getroffen. Alle fürstlichen Hoheitsabzeichen und Standbilder werden entfernt.

(b.) Meß, 19. Nov. Die französischen Truppen wurden hier von einer dichtgedrängten Menschenmenge, die fast durchweg französische Abzeichen trug, feierlich begrüßt und mit „Vive la France“-Rufen empfangen. Mehrere deutsche Denkmäler, darunter das Kaiserbild Kaiser Wilhelms I. und das Standbild des Prinzen Friedrich Karl wurden in der letzten Nacht von ihren Sockeln heruntergerissen. Auf dem Dom weht die Tricolore.

Aufruf.

Ueber 4 Jahre haben unsere braven Soldaten im schweren Kampfe für das Vaterland ausgehalten und die deutsche Heimat vor Verwüstungen und Elend bewahrt.

Wenn auch der Krieg einen unglücklichen Ausgang genommen, so dürfen darunter unsere Helden nicht leiden. Es geziemt sich daher, denselben einen festlichen Empfang mit angemessener Bewirtung zu bereiten. Wir glauben aus dem Herzen der ganzen Bürgerschaft zu sprechen, wenn wir zur Beteiligung an diesem Empfang und Spende von freiwilligen Gaben, Wein oder Geld auffordern. Um die erforderlichen Geldmittel zu beschaffen, ist die Bildung eines Ausschusses beabsichtigt. Damen und Herren, die geneigt sind, diesem Ausschusse beizutreten, werden auf Freitag, den 22. November 1918, abends 6 Uhr, in das Rathaus höflich eingeladen.

Zunächst ist angeordnet worden, daß an dem Eingang des Ortes geschmückt wird und ein Schild „Ein herzlich willkommen den heimkehrenden Kriegern“ angebracht wird. Der Empfang soll dann später erfolgen, wenn die Krieger alle zu Hause sind.

Deftrich, den 21. November 1918.

Der Bürgermeister: Becker.

Der Arbeiter- und Bürgererrat.

Lokale u. Vermischte Nachrichten.

Kohlenmangel.

RA Radesheim a. Rh., 21. Nov. Die Kreiskohlenstelle bringt in Bezug auf den jetzigen Kohlenmangel folgendes zur allgemeinen Kenntnis: Der Reichskommissar für die Kohlenverteilung hatte zunächst diejenigen Gegenden mit Kohlen beliefern lassen, die weitab von den Kohlengebieten liegen. Für den Rheingaukreis war demnach eine spätere Belieferung vorgesehen. Trotzdem hat die Kreiskohlenstelle kein Mittel unverzogen gelassen und schon seit Mai ds. Jrs. in immer wiederholten Eingaben um Bezugsscheine für den Winter ersucht, damit wenigstens ein kleiner Vorrat bei dem Eintritt von kalter Witterung vorhanden sei. Sämtliche Schritte waren erfolglos. Der Reichskommissar lehnte eine frühere, bzw. größere Zuteilung mit dem Hinweis ab, daß die Lieferstellen schon mit den ihnen aufgegebenen Mengen überlastet seien. Die Bezugsscheine für den Winter sollten anfänglich bis Ende August eingehen, kamen aber erst auf wiederholtes Drängen Ende September. Leider werden teilweise erst die Scheine nach 4—6 Wochen geliefert und es ist sogar noch eine Menge Scheine von früher her im Rückstand. Der Kohlenmangel ist einzig auf diesen Umstand zurückzuführen an dem die Kreiskohlenstelle keine Schuld trägt. Sie hat im Gegenteil alles getan, um dem Mangel vorzubeugen. Selbst persönliche Bemühungen in Berlin durch ein Mitglied des Kreisausschusses konnten an der Lage nichts ändern. Jetzt sind Bemühungen im Gange, damit die rückständigen Bezugsscheine so schnell als möglich geliefert werden, jedoch muß immerhin die Bevölkerung bei den jetzigen Transportschwierigkeiten damit rechnen, daß noch einige Zeit vergehen wird, bis Alles hereinkommt. Wir sind augenblicklich nur auf den Wasserweg angewiesen, der bei dem jetzigen Wasserstande auch viel zu wünschen übrig läßt. Jedenfalls dürfen die Einwohner des Kreises überzeugt sein, daß von der Kreiskohlenstelle nichts unterlassen wurde und wird um nach Möglichkeit eine Besserung zu erreichen.

Anmeldung beim Bezirkskommando.

Anmeldungen bei dem Bezirkskommando in Wiesbaden, Westendstraße 3, können des starken Andrangs wegen, nur von 8³⁰ bis 12 Uhr vorm. und von 3 bis 6 Uhr nachm. angenommen werden.

Pfländerung wird mit dem Tode bestraft.

* Wiesbaden, 20. Nov. Das Standgericht des Arbeiter- und Soldatenrates Wiesbaden hat in der Stadt rote Plakate anhängen lassen mit der Warnung, daß Pfländerung mit dem Tode bestraft wird.

(i.) Wiesbaden, 19. Nov. Um eine drohende Arbeitslosigkeit zu verhindern hat der Arbeiter- und Soldatenrat beschlossen, in den Kreisen Wiesbaden-Stadt und -Land, im Unterarmuttskreis und im Rheingaukreis den Achtstundentag einzuführen. Für den Ausfall an Arbeitsstunden ist ein Lohnausgleich einzuführen.

(i.) Wiesbaden, 19. Nov. Der Arbeiter- und Soldatenrat hat an den Reichsführer die telegraphische Bitte gerichtet, den Oberbefehlshaber der Ententeuppen zu ersuchen, von einer Besetzung der Stadt Wiesbaden mit Rücksicht auf den Charakter der Stadt als internationaler Kur- und Badeort Abstand zu nehmen.

(h.) Mainz, 18. Nov. Die städtischen Betriebe haben den Achtstundentag seit heute eingeführt. Der Arbeiter- und Soldatenrat beschloß, daß ab 1. Dezember der Achthundentag in allen Betrieben durchgesetzt wird.

(h.) Mainz, 18. Nov. Der Prüfling Kapczal überfiel in Wiesbaden eine alleinlebende Geschäftsinhaberin. Er ermordete und beraubte die Frau. Das Urteil lautete auf Todesstrafe. Beim Reichsmilitärgericht hat er Revision eingelegt, die aber noch nicht entschieden ist. Mitteilweise war er im Provinzialarresthaus in Mainz untergebracht. In der Nacht vom 8. auf 9. November brach in Mainz die Revolution aus. Im Militär- und Provinzialarresthaus wurden die Gefangenen befreit. Auch Kapczal Gefängnisstrafe öffnete sich. Aber noch rechtzeitig wurde man von seiner Tat unterrichtet und brachte ihn sofort wieder in Sicherheit. Seit dieser Zeit trug er Niedergeschlagenheit zur Schau. Er bat um Beschäftigung, was ihm gewährt wurde. Dadurch gewann er freiere Bewegung. Ein Untersuchungsgefangener stürzte sich in selbstmörderischer Absicht in den Gefängnishof. Dadurch entstand eine allgemeine Aufregung. Diese Zeit benützte Kapczal um zu entweichen. Er ging zu dem Wächmann, schwindelte diesem vor, Gefangenenausscher zu sein und bat den Wächmann, ihn ins Lazarett zu begleiten, um einen Gefangenen abzuholen. Der Wächmann glaubte ihm und ging mit. Auf der Straße ließ Kapczal den Wächmann stehen, in der Absicht, etwas zu befragen. Auf diese Weise verschwand Kapczal.

(h.) Mainz, 18. Nov. Die 17½ jährige Arbeiterin Marie W a n n aus Kothheim wurde von einer Lokomotive überfahren. Kopf und Beine wurden vom Rumpfe getrennt. Die Leiche kam sofort in die Leichenhalle. Dem Lokomotivführer trifft keine Schuld.

Dankbare Kriegsgefangene.

* Der Hochwürdigste Herr Bischof in Limburg erhielt von dem Direktor des im dortigen Lager errichteten französischen Priesterseminars ein Schreiben, das in deutscher Uebersetzung folgendes Wortlaut hat. „Bischöfliche Gnaden! Wir wollen Limburg nicht verlassen, ohne Ew. Bischöflichen Gnaden unsere tiefste Dankbarkeit für das Interesse auszu- drücken, das Sie an unserem Seminar genommen und für die Güte, mit der Sie einen der Unserigen zum Priester geweiht haben. Möge Gott sich würbigen, die Leiden der gegenwärtigen Zeit für Ihr Vaterland zu mildern. Was uns betrifft, so werden wir für dasselbe beten und meine Seminaristen, welche vierzig französische Diözesen und dreihundert religiöse Genossenschaften repräsentieren, werden, dessen bin ich gewiß, tatkräftig an der moralischen Vereinigung aller Katholiken der beiden großen Nationen arbeiten. Das soll unter Dank für das sein, was man uns Gutes erwiesen hat; wir werden überall die uns erwiesenen Freundschaften offenbar machen. Gleichzeitig empfehlen wir um dem Gebete Eurer Bischöflichen Gnaden und bitten um den bischöflichen Segen. Euer Bischöflichen Gnaden demütiger und gehorsamer Diener P. V.“

Tödtlich verunglückt.

X Bingen, 21. Nov. Der auf der Station Uhlborn beschäftigte 16 Jahre alte Karl Wink aus Gau-Algesheim ist tödtlich verunglückt. Der Junge setzte sich, da der

Frühzug ab Gans-Algesheim überfälscht war, auf einen Puffer und fiel dann in der Nähe von Uhlhorn beim Anziehen des Juges von diesem gefährlichen Sturz herunter unter die Räder. Beide Beine oberhalb der Kniee wurden ihm abgefahren. Der Verunglückte wurde ins Hospital hierhin gebracht. Dort ist er seinen schweren Verletzungen erlegen.

Waidmannsheil!

St. Goar, 20. Nov. In den Jagdbezirken Ederhausen und Donnershausen wurde von den Jagdpächtern eine Treibjagd veranstaltet. Dabei wurden 4 Wildschweine, 13 Rehe, 3 Füchse und 8 Hasen erlegt.

Im Rhein ertrunken.

Rom Mittelrhein, 20. Nov. Der Steuermann Karl Seib aus Mainz, der am Mittelrhein in Schifferkreisen wohl bekannt war, ist unweit von Oppenheim von einem Schleppdampfer über Bord in den Rhein gestürzt und ertrunken. Er war 58 Jahre alt.

Schiffs-Explosion.

Rom Mittelrhein, 20. Nov. Auf dem holländischen Schiff „Jon van Werth“ hat sich am Zoll bei Leutesdorf eine Explosion ereignet. Dabei haben zwei Schiffsbedienstete schwere Brandwunden erlitten. Ein dritter ist über Bord in den Rhein gestürzt, konnte aber vor dem Ertrinken gerettet werden. Einer der Verletzten ist auf dem Wege nach dem Krankenhaus seinen Wunden erlegen. Der Schiffer Ralbach und die Soldaten Bogard und Hertling haben die Verletzten geborgen.

Eine Unterstützungsschwindlerin.

Die 45jährige Näherin Frieda H. von Mainz, in Wiesbaden wohnhaft, hatte von 1914 bis März 1918 in Mainz auf Geheiß eines Architekten, der hier beim Militär war und der bei ihr logierte, die Unterstützung von Reich und Stadt bezogen und die Empfangsbefehle mit dem Namen der Frau des Architekten unterschrieben. Die An-

geklagte wurde wegen Urkundenfälschung zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt.

Soldatenrat gegen Regierung.

Höchst a. M., 21. Nov. Der hiesige A.-S.-R. legte Protest gegen die von der Regierung erlassene Bekanntmachung ein, wonach die auf Grund des Dreiklassenwahlrechts gewählten städtischen Körperschaften und die auf Grund des Pluralwahlrechts ernannten Kreisräte weiterbestehen sollen. Der A.-S.-R. erblickt darin ein Mittel, durch das die politische Macht den Arbeiter- und Soldatenräten wieder entzogen wird.

Warenlager-Diebstähle.

Offenbach, 20. Nov. Bei einem nächtlichen Einbruch in das Manufakturwarengeschäft von Hugo Oppenheimer, Frankfurter Straße 1, fielen den Dieben für etwa 26 000 Mark Woll- und Seidenstoffe, sowie Fertigwaren in die Hände. Die Versicherungsgesellschaft, bei der Oppenheimer versichert war, hat 2500 Mk. Belohnung auf die Verhaftung der Täter ausgesetzt.

Frankfurt a. M., 20. Nov. Das Rodewarengeschäft von Maria Landauer, Theaterplatz 12, wurde in der Nacht zum Freitag von Einbrechern heimlich betreten, die große Mengen Seidenstoffe, Seidenwaren, Schirme und Rodewaren im Werte von annähernd 20 000 Mark erbeuteten. Auf die Verhaftung der Diebstahlsgehilfen wurden 1000 Mark Belohnung ausgesetzt.

Falsche A- und S.-Räte.

Hofgeismar, 20. Nov. Mehrere Tage hindurch „residierten“ mit einer unerhörten Unverschämtheit falsche A- und S.-Räte hiesige Kunststellen und Geschäfte, wobei sie natürlich auch „Beischlagnahmen“ vornahmen. Endlich schloß man gegen diese Herren, die drei Tage lang die Stadt regierten, Verhaftung. Man benachrichtigte den Kasseler A- und S.-Rat, der fünfzig Soldaten hierher schickte, die die Räuber beim Morgenraufen aus den Betten holten und verhafteten.

Brand eines Munitionszuges.

Amsterdam, 19. Nov. Der „Telegraaf“ meldet aus Hamont in Belgien, daß dort Waggon eines Munitionszuges in Brand geriet, und daß bei der darauffolgenden Explosion 800 Menschen ums Leben kamen. Die meisten Opfer sind deutsche Soldaten, aber auch holländische Soldaten wurden getötet. Nach einer anderen Meldung spricht man von 1500 bis 2000 Toten. In Nord-Brabant kamen ungefähr 150 Tote und Verwundete an. Das Unglück ereignete sich um 11 Uhr abends. Es heißt, daß Kinder in der Nähe der Munitionszüge mit Feuer spielten und dadurch die Explosion verursacht haben. 600 holländische Soldaten sind zur Hilfeleistung nach Hamont abgeordnet. Die durch die Explosion angerichteten Verwüstungen müssen unbeschreiblich sein.

Letzte Nachrichten.

Kein Entgegenkommen der Feinde.

Berlin, 20. Nov. Alle zur Zeit in der Presse auftauchenden Nachrichten über erreichte oder zugesagte Rückführungen der Waffenstillstandsbedingungen entsprechen nicht den Tatsachen. Vielmehr ist festzustellen: Trotz aller Vorstellungen und aller bereits zu Tage getretenen Unzulänglichkeiten in der praktischen Durchführung der uns auferlegten schweren Bedingungen des Waffenstillstandes ist von unseren Gegnern nicht das geringste Entgegenkommen gezeigt worden.

Die deutsche Waffenstillstandskommission:
Staatssekretär Erzberger.

Verantwortlich: Adam Etienne, Destr. 10.

Oeffentliche Mahnung.

Diejenigen Steuerpflichtigen, welche noch mit Zahlung der 3. Rate Staatssteuer im Rückstande sind, werden hierdurch öffentlich gemahnt und ersucht, bis spätestens Montag, den 25. November die Steuer an die hiesige Gemeindekasse zu zahlen. Eine Mahnung durch Mahnzettel erfolgt nicht mehr. Nach Ablauf dieser Zeit beginnt die kostenpflichtige Zwangsbeitreibung. Die Zusendung auf bargeldlosem Wege durch Postcheckkonto der Gemeindekasse 11118 oder durch Landesbankkonto Eltville 1178 ist gestattet.

Destr. 10, den 19. November 1918.

Der Bürgermeister:
Becker.

Dankfagung.

Für die allseitige herzliche und liebevolle Teilnahme von Nah und Fern bei dem überaus schweren Verluste meines noch in letzter Stunde dem schrecklichen Kriege zum Opfer gefallenen lieben Mannes, unseres guten Vaters, Bruders, Schwagers und Onkels, sagen wir tiefgefühlten Dank. Auch besonderen Dank dem Militärverein für die Ehrung unseres teuren Hingeschiedenen.

Raunthal, den 18. November 1918.

Die tieftrauernden Hinterbliebenen:
Frau Franz Weber Ww., geb. Körner
und Kinder.

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme an dem schmerzlichen Verluste meines innigstgeliebten Vaters, unseres treusorgenden lieben Vaters, Großvaters, Schwiegervaters, Bruders und Onkels

Herrn Jakob Rehard

sage ich meinen tiefgefühltesten Dank. Ganz besonderen Dank dem Vorkurs- & Creditverein Weisenheim, dem Feuerwehr-Verband des Regierungsbezirks Wiesbaden, den freiwill. Feuerwehren Gattenheim, Hallgarten, Destr. 10 und Erbach, dem Gesangsverein Harmonie-Mittelheim und für die zahlreichen Kranz- und Blumenpenden.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Frau Franziska Rehard, geb. Zibus.

Mittelheim, den 21. November 1918.

Todes-Anzeige.

Verwandten und Bekannten die traurige Mitteilung, dass es Gott dem Allmächtigen gefallen hat, meine herzensgute Frau, meiner Kinder treusorgender Mutter

Frau Rudolph Basting,

Klara, geb. Schmitt,

nach langem schweren Leiden und kurzem Krankenlager, heute nachmittag 6 1/2 Uhr, im Alter von 51 Jahren in die Ewigkeit abzurufen.

Um stille Teilnahme bitten

Der trauernde Gatte und Kinder.

Winkel u. Niedwitz, den 20. November 1918.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 24. November, nachmittags 3 Uhr, das Totenamt Montag den 25. November statt.

Spezialität Gratis Neuheit
Stimmen Schneebilder
erhält jeder bei einer Aufnahme von 6—12 Mk. an das beliebige

Geschenkbild

vom 10. November bis 1. Dezember.

Gut durchbelichtete Räume.

Geöffnet: Wochentags von 9—1 und 3—7 Uhr.
Sonntags 10—2 Uhr.

Photographie E. Schmidt

Wiesbaden, Michelsberg 1.

Haltestelle der elektr. Linie 2 (rot) und 3 (blau).

Arbeiter Arbeiter

zu Weinbergarbeiten
werden angenommen.

Geschw. Boehm'sche
Gutsverwaltung,
Mittelheim.

Ein Mädchen

das schon in besserem Hause
tätig war, für kleinen Haushalt
nach auswärts sofort gesucht.

Zu erf. bei der Exped.
ds. Blattes.

finden dauernde Beschäftigung
in der

Sektellerei Ehnlein,
Schierstein a. Rh.

Schiefertafeln

mit einfachen und doppelten
Linsen empfehlen

Geschwister Wilhelmy,
Destr. 10.

Frauen und Mädchen

finden lohnende Beschäftigung
in der Trocknerei

Malzfabrik Kels, Eltville.

Maschinen Schlosser, Eisendreher, Hilfsarbeiter,

für dauernde Arbeit gesucht.

Maschinenfabrik Rheinwalia,
E. Manthe,

Riederwall a. Rh.

1 Drilling

zu kaufen gesucht.

Johannes Ohlig,
Winkel.

Ein schönes

Zuchtrind

zu verkaufen. Näheres Ver-
lag dieses Blattes.

Ein guter

fahrochs,

Reht zu verkaufen bei

Josef Dorn, Destr. 10.

Piano's

stimmt und repariert

Wilh. Müller, Mainz

Kgl. Spanischer und Luxemburger
Hof-Piano-Fabrik.

Gegr. 1843. Tel. 44, Münsterstr. 10.

Briefkassetten

in einfachen und feinen Aus-
stattungen empfiehlt

Rheingauer Bürgerfreund,
Destr. 10 a. Rh.

Tüchtige

Arbeiter

finden ständige Beschäftigung bei
Rheingau-Elektrizitätswerke
A.-G.

Eltville a. Rhein.

Ein sauberes

Dienstmädchen

und mehrere Gartenar-
beiter sucht

Gärtnerei von G. Thomas,
Ertach-Rh., am Bahnhof.

Buchdruckerlehrling

sucht

Buchdruckerei des
Rheingauer Bürgerfreunds,
Destr. 10.

Jedes Quantum

Dickwurz

laut zu den höchsten Preisen
Jak. Phil. Waldeck u. Söhne,
Niederwall a. Rh.

Eine junge frischmelkende

Fahrkuh

mit schönem 5 Wochen altem
Kuhkalb, zurucht ge-
eignet, sowie 2 Stück 7 Monate
alte, hornlose

Biegenlämmer

zu verkaufen.

Riedgasse 17, R. a. W. a. Rh.

10 gute kräftige

Rotwein - Stückfass

zu verkaufen.

Heinrich Burkard,

Kauf der Rheingau-Gesellschaft,
Soblenz-Neuendorf,
Herberichstraße 28.

Gummistempel

liefert innerhalb 3—4 Tagen

Buchdruckerei des
„Rheingauer Bürgerfreunds“,
Destr. 10.

Banknotentaschen Visitentaschen Brieftaschen Necessaires Notizbücher

empfehlen

Adam Etienne, Destr. 10.